

# 10. Bundesratsinitiativen

**D**ie rheinland-pfälzische Landesregierung sollte im Bundesrat für den ökologischen Strukturwandel werben und für die dazu erforderlichen bundespolitischen Weichenstellungen Initiative ergreifen. Besonders vordringlich sollten dabei folgende Reformpakete thematisiert werden:

## - Ökologische Steuerreform:

Durch die angemessene Besteuerung des Verbrauches von nicht erneuerbaren Ressourcen (Rohstoffe, Boden, Energie/Kohlendioxid usw.) werden Impulse für einen effizienten Umgang mit diesen Ressourcen gegeben. Das Steueraufkommen sollte in voller Höhe wieder an Industrie und Verbraucher zurückgegeben werden (Senkung der Lohnnebenkosten; "Ökobonus") (siehe Konzept der Energiesteuer in Kapitel 2.5).

## - Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes:

Das noch aus dem Jahre 1935 stammende Gesetz behindert im beträchtlichen Umfang den Aufbau einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft. Die notwendige Gesetzesnovelle muß folgende Ziel verfolgen: Demokratisierung und Dezentralisierung der Versorgungsstrukturen, (Aufhebung der Monopolwirtschaft), Festsetzung ökologischer Zielvorgaben (z.B. Klimaschutz) sowie Forcierung der Einsparung, der rationellen Energieverwendung und erneuerbarer Energieträger.

## - Novelle des Bundesverkehrswegeplanes:

Die für den Verkehrswegebau zur Verfügung stehenden Mittel müssen für den Aufbau der "Flächenbahn" (flächendeckende Erschließung des Landes im Schienenverkehr) verwendet werden. Daher sollten der Fernstraßenbau sowie fragwürdige Großprojekte im Schienenbau (z.B. ICE-Trasse Frankfurt/Köln) eingestellt werden. Die dadurch frei werdenden Mittel können sinnvoller in den Ausbau des regionalen und örtlichen Nahverkehrs investiert werden.

## - Bodenschutzgesetz/ Bundesnaturschutzgesetz:

Das seit zehn Jahren diskutierte Bodenschutzgesetz sollte vom Land nunmehr eingefordert werden. Neben der Formulierung von Zielen und Maßnahmen zur Altlastensanierung sollte das Gesetz zu einem wirkungsvollen Freiraumschutz führen. Flankierend hierzu sollte eine Änderung der Bodenbesteuerung (finanzielle Bestrafung des Hortens von Bauland aus Spekulationsgründen; Versiegelungsabgabe) sowie die Streichung der sog. "Landwirtschaftsklausel" aus dem Bundesnaturschutzgesetz gefordert werden.

## - Gentechnikgesetz:

Notfalls auch im nationalen Alleingang muß die Aufnahme folgender Mindeststandards in das Gentechnikgesetz gefordert werden: Umfassende Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Organismen und Produkte, Einführung der unbegrenzten und umfassenden Produkthaftung, Stop der Freisetzungsversuche sowie Verpflichtung zur Untersuchung von Langzeitfolgen vor dem Einsatz.

## - TA Siedlungsabfall:

Die Verordnung muß dahingehend geändert werden, daß die Biologisch-Mechanische-Abfallbehandlung als Regelverfahren zur Restmüllentsorgung (und damit als Alternative zur Müllverbrennung) anerkannt wird.

## - Bürgerrechte:

Der mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz von 1992 begonnene und mit der Novelle des Gentechnikgesetzes von 1994 fortgesetzte Abbau von Bürgerrechten und Umweltstandards muß gestoppt und rückgängig gemacht werden.